



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Herrn
Oberbürgermeister
Jörg Dehm

Rathausstraße 11
58095 Hagen

- im Hause -

Telefon: 02331 207-5529
Fax: 02331 207-5530
E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de
Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 26. Januar 2012

Vorschlag zur Tagesordnung (§ 6, Abs. 1 GeschO) der Ratssitzung am 09.02.2012

Thema | Optimierung der politischen Arbeit von Mandatsträgern und Forderung eines neuen Berichtswesen zur Umsetzung von rechtskräftigen Gremienbeschlüssen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

da wir uns seit Beginn unserer politischen Tätigkeit - zunächst als Einzelvertreter und seit 2009 als viertstärkste Fraktion im Rat der Stadt Hagen - nachdrücklich für das Öffentlichkeitsprinzip (s. „Hasper Torhaus“ in der Ratssitzung vom 16. Dezember 2011) und die Einbindung der Bürgerschaft (s. Einbringung eines Ratsbürgerentscheids zur Bahnhofshinterfahung in der Ratssitzung vom 14. Juli 2011) einsetzen, können und werden wir die Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum „Öffentlichkeitsprinzip in Gremiensitzungen“ und zur „Bürgerfreundlichen Gremienarbeit“ uneingeschränkt unterstützen.

Darüber hinaus möchten wir die voran genannten Anträge durch einen Zusatzbeschluss um die folgenden Bestandteile erweitern.

Beschlussvorschlag.

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Berichtswesen zur Erfassung und Abbildung des Umsetzungsgrades von rechtskräftigen Gremienbeschlüssen zu erstellen. Im Vordergrund stehen die Transparenz- und Kontrollfunktion für die politischen Mandatsträger und somit für die Bürgerschaft.

Der Bericht wird allen Mandatsträgern vierteljährlich zur Verfügung gestellt und enthält zumindest die folgenden Bestandteile:

- a. Die Nennung des rechtskräftigen Gremienbeschlusses bzw. eine Projektdefinition mit Angabe einer Kosten- und Zeiteinschätzung durch die Verwaltung.
- b. Die Nennung des / der Projektverantwortlichen innerhalb des Konzerns Stadt.
- c. Die Projektplanung, insbesondere die Nennung von Terminplänen und Meilensteinen.
- d. Abbildung eines Soll-Ist-Abgleichs mit Angabe von Gründen bei etwaigen Kosten- und / oder Zeitabweichungen.

- e. Mitteilung über den Projektabschluss mit Angabe von Gründen bei Unter- bzw. Überschreitungen.

Das bisher praktizierte „Ampelsystem“ bildet u.E. diese Aspekte nicht ausreichend ab.

- 2) Die Verwaltung stellt sicher, dass zukünftig allen Mandatsträgern die Einladungen und Unterlagen zu städtischen Ausschuss- und Aufsichtsratssitzungen fristgerecht zugestellt werden. Bei einer nicht fristgerechten Zustellung an die Mandatsträger werden die entsprechenden Beschlüsse von der Tagesordnung abgesetzt und folglich erst im darauffolgenden Sitzungsturnus beraten und beschlossen.
- 3) Beim Antrag zur „Bürgerfreundlichen Gremienarbeit“ von Bündnis 90 / Die Grünen möchten wir unter Punkt 3 darauf hinweisen, dass Ratsfraktionen nicht in jedem Beratungspunkt einheitlich abstimmen werden.

Deshalb muss ergänzt werden, dass in jeder Ratssitzung wie auch in allen Unterausschüssen der Stadt Hagen die Abstimmungsergebnisse nicht nur nach Fraktionszugehörigkeit, sondern auch numerisch festgehalten und in der Niederschrift protokolliert werden. Sollte bei einem Beschlussvorschlag, über welchen nicht namentlich abgestimmt worden ist, eine Fraktion uneinheitlich abstimmen, gilt es im Protokoll zumindest den Vermerk „inhomogen“ bei der jeweiligen Fraktion anzuhängen.

Begründung.

Ebenso wie Bündnis 90 / Die Grünen müssen wir feststellen, dass die Verwaltung der Stadt Hagen - ob bewusst oder unbewusst - zunehmend den Vorgaben der GO NRW und der eigenen Geschäftsordnung zuwider handelt. Dies hat zur Folge, dass uns sowie den Mandatsträgern aller Fraktionen die politische Arbeit maßgeblich erschwert wird, eine Vielzahl an Beschlüssen unter Ausschluss der Bürgerinnen und Bürger gefasst wird und rechtskräftige Gremienbeschlüsse nur mangelhaft oder gar nicht umgesetzt werden.

In den vergangenen Ratssitzungen wie auch in einzelnen Aufsichtsratssitzungen hat unsere Fraktion die voran genannten Missstände mehrfach angemahnt und Sie als obersten Repräsentanten der Stadt zu einer Verbesserung aufgefordert. Bis dato ist eine Verbesserung jedoch nicht erkennbar, vielmehr müssen wir im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode eine wesentliche Verschlechterung attestieren.

Zu 1)

Deshalb fordern wir eine Neuaufstellung des Berichtswesens für alle rechtskräftigen Gremienbeschlüsse aus der aktuellen Legislaturperiode. Oberstes Gebot ist eine Transparenz- und Kontrollfunktion für die politischen Mandatsträger und somit für die Bürgerschaft.

Nach zahlreichen Nachfragen unserer Fraktionsmitglieder in den vergangenen zwei Jahren erachten wir es als nicht mehr ausreichend, wenn wir – wie erst jüngst in der Lenkungsgruppe - lediglich mündliche Berichte über den Umsetzungsgrad von rechtskräftigen Gremienbeschlüssen (hier: Implementierung eines Wirkungsorientierten Haushalts) erhalten. Die Nichtumsetzung von rechtskräftigen Gremienbeschlüssen scheint derzeit Überhand zu nehmen. Offen sind z.B. unser Ergänzungsantrag zum „Wirkungsorientierten Haushalt“ vom 06. Mai 2010 und unseren Antrag zur „Implementierung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen und Arbeitsweisen“ vom 16. Dezember 2010. Ebenso ist unser Antrag zur „Kosten- und Leistungsinventur“ (ebenfalls vom 06. Mai 2010) noch nicht abgearbeitet, geschweige denn in Form eines nachhaltigen Projektmanagements erfasst. Obwohl wir die Kämmerei in persönlichen Gesprächen darauf hingewiesen haben, werden Personalkosten

beispielsweise immer noch als „Eh-Da-Kosten“ hingenommen, so dass zahlreiche Projekte nicht sachgerecht erfasst werden und folglich auf Kostenseite ausufern.

Aufgrund der voran genannten Intransparenz und Handlungsunfähigkeit der Verwaltung ist für uns ein entsprechendes, regelmäßiges Berichtswesen unter den unter Punkt 1 genannten Voraussetzungen unverzichtbar, da aus unserer Sicht das bisherige „Ampelsystem“ die genannten Aspekte nicht ausreichend abbildet.

Zu 2)

Bei Einladungen zu Gremiensitzungen der Stadt, aber auch bei Sitzungseinladungen der städtischen Beteiligungen haben wir festgestellt, dass diese vermehrt nicht fristgerecht erfolgen. Hierzu verweisen wir auf eine Stellungnahme des Rechtsamts vom 09. Mai 2011 bezüglich einer Einladung zu einer städtischen Aufsichtsratssitzung und möglicher rechtlicher Konsequenzen.

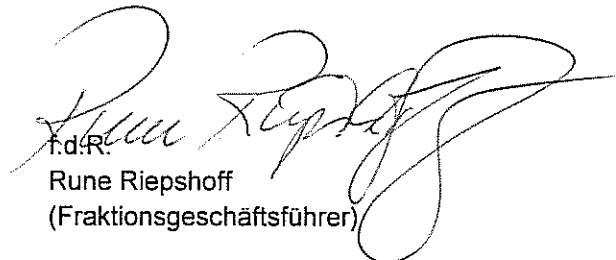
Da zumindest wir – Hagen Aktiv - uns inhaltlich fundiert in die jeweiligen Verwaltungs-vorlagen einarbeiten möchten, bitten wir um die Sicherstellung und Einhaltung der entsprechenden Fristen und eines rechtzeitigen Versands seitens der Stadtverwaltung. Ansonsten können derartige Beschlussvorlagen aufgrund einer mangelhaften Einarbeitung nicht beraten und beschlossen werden.

Zu 3)

Dient lediglich der Ergänzung, damit die beiden Anträge von Bündnis 90 / Die Grünen in der kommenden Ratssitzung mit Blick auf größtmögliche Transparenz beschlossen und zeitnah umgesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Josef Bücker
(Fraktionsvorsitzender)


f.d.R.
Rune Riepshoff
(Fraktionsgeschäftsführer)